

vorlauten Protest „Oetker verprellen“, sich so „den Schwarzen Peter nicht zuschieben lassen“ (FDP-Ratscherr Hartwig).

Nach Ablauf des Vertrages Ende dieses Jahres jedoch wollen Lüneburgs Stadtväter den Konflikt wagen. Weil Oetkers Land dreieinhalb Jahre brach lag, fordern sie den früheren Besitz gegen Rücküberweisung der Kaufsumme zurück. Zinsen mögen sie nicht zahlen. Überdies wollen sie Schadenersatz verlangen, weil die Oetkers ihr Versprechen brachen, runde tausend Arbeitsplätze anzubieten.

Der Konzern dagegen beruft sich auf die Marktlage und die Investitionssteuer — obwohl diese Abgabe erst seit wenigen Monaten erhoben wird. Was die Lüneburger buchstabengetreu als Verpflichtung ansehen, gilt den Bielefeldern nichts: Man habe damals eine Art Absichtserklärung abgegeben, die zu nichts verpflichtete.

Genauer definiert Theodor Heiss, Geschäftsführer der „Dr. Oetker Tiefkühlkost GmbH“ die firmeneigene Interessenlage: „Ich bin Geschäftsmann, kein Kaplan.“

KERNKRAFT

Groß im Rennen

Die Elektro-Unternehmen Siemens und AEG fusionierten ihren Reaktorbau. Vom Bundeskartellamt wurde die vereinigte Atomkraft der Konzerne rasch gutgeheißen.

Deutschlands größte Elektro-Unternehmen gründeten ein Monopol, und das Bundeskartellamt schickte noch „freundliche Grüße“ dazu.

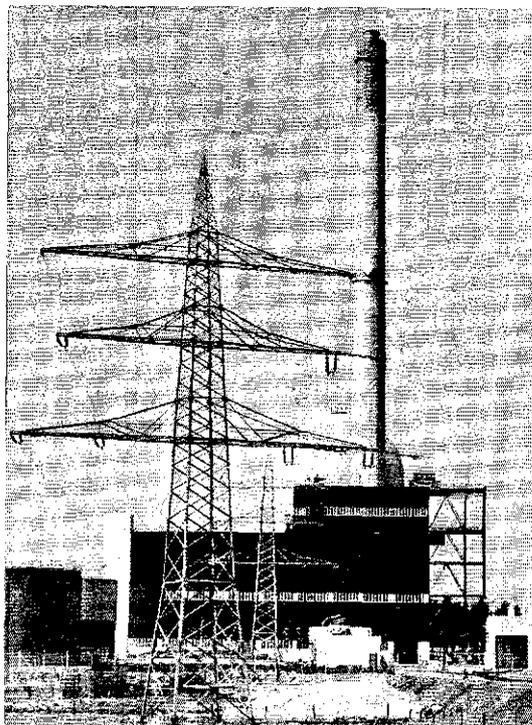
Ende vergangener Woche bekamen Siemens-Chef Bernhard Pleitner und AEG-General Hans Groebe vom Berliner Bundeskartellamt einen Brief, in dem die Behörde ihr Einverständnis mit den Plänen der beiden Gesellschaften erklärte, Produktions- und Forschungsstätten für den Bau von Kernkraftwerken zusammenzulegen.

Siemens und AEG, Nummer eins und Nummer zwei in der westdeutschen Elektro-Branche, wollen ihre Nuklear-Abteilungen in die gemeinsame Tochtergesellschaft Kraftwerk Union (KWU) in Mülheim einbringen. Mit fast 12 000, zum großen Teil akademisch ausgebildeten Mitarbeitern und einem für die nächsten Jahre erwarteten Umsatz von drei Milliarden Mark ist die 1969 gegründete Union nunmehr einsame Herrscherin auf dem Markt der westdeutschen Nuklear-Technik.

Das neue Atom-Kartell verdankt seine eilige Genehmigung (drei Monate nach Eingang des Antrags) nicht etwa energiepolitischem Krisenbewußtsein der Beamten, sondern der juristischen Vorsorge der Konzerne. Bei der Gründung der KWU hatten die Großaktio-

näre AEG und Siemens zunächst nur beabsichtigt, den Turbinen- und den konventionellen Kraftwerkbau zusammenzulegen. Der zukunftssträchtige und umsatzstarke Reaktorbau sollte frühestens 1978 mit in das Unternehmen einbezogen werden.

Da aber die Zusammenarbeit „besser als erwartet lief“ (AEG-Chef Hans Groebe) und da in Bonn die Verabschiedung eines Kartellgesetzes absehbar war, das Zusammenschlüsse von Großunternehmen einem Kontrollverfahren unterwerfen sollte, veränderten die Konzernstrategen rasch ihre Pläne: Siemens trennte sich vorzeitig von seinem atomaren Lizenzpartner, dem US-Elektro-Unternehmen Westinghouse,



AEG-Kernkraftwerk Lingen: Grüße vom Kartellamt

und AEG löste ihre Partnerschaft zum US-Konzern General Electric auf, der knapp elf Prozent der AEG-Aktien hält.

Anfang April, zweieinhalb Monate vor der letzten Kartellgesetzlesung im Bundestag, schlossen die beiden Aktionäre dann mit der KWU einen sogenannten Betriebsüberlassungsvertrag, wonach Mitarbeiter und Anlagevermögen der kerntechnischen Abteilungen, so AEG-Forschungs-Vorstand Horst Nasko, „sozusagen pachtweise der KWU überlassen wurden“. KWU-Chef Barthelt: „Nach außen bildeten wir seit April faktisch eine Einheit.“

Die Berliner Beamten fanden somit die Fusion bereits vollzogen, bevor sie sich um deren Einzelheiten kümmern konnten. Für Kurt Markert, Leiter der siebten Beschlußabteilung des Kartellamtes, „war eigentlich nicht mehr viel zu prüfen“. Denn, so KWU-Chef Barthelt, „seit Juli hatten wir auch keine zusätzli-

chen Aufträge mehr“ — also keine zusätzliche Macht.

An der Auftragslage der KWU hätte sich auch nicht viel ändern können. Von den 21 Aufträgen, die mittlerweile in der Bundesrepublik zum Bau von Kernkraftwerken vergeben wurden, fiel nur ein einziger an einen Konkurrenten — an die von dem Maschinenbau-Unternehmen Babcock und der Elektrofirma Brown, Boveri & Cie (BBC) gegründete Tochtergesellschaft BBR, die 1978 erst ihr Nuklear-Entree mit einem 1200-Megawatt-Werk in Kärlich bei Mülheim feiern wird.

Alle acht bisher in Westdeutschland arbeitenden Kernreaktoren — so die erst im vergangenen Jahr fertiggestellten Großanlagen in Stade an der Elbe und in Würzassen an der Weser — wurden entweder von AEG und Siemens direkt oder indirekt über die KWU errichtet.

Für KWU-Chef Barthelt ist es deshalb „nicht sehr sympathisch“, über Marktanteile zu sprechen. Zur Entlastung verweist der Manager entweder auf den Bereich konventioneller Kraftwerksfertigung (KWU-Marktanteil: 50 Prozent), bei dem „BBC und MAN ganz groß im Rennen sind“, oder er ordnet seine künftige Macht internationalen Größenordnungen unter: Die US-Konzerne Westinghouse und General Electric seien „jeder ungefähr dreimal so groß“. Aber, so Nasko: „Wir wollen die dritte Position in der Welt.“

In Deutschland wird deshalb kein Stromversorgungsunternehmen, das Kernkraftwerke plant, an der Marktmacht KWU vorbeikommen und deshalb gleichermaßen

die Kassen von Siemens und AEG füllen.

Bislang zwar sind die acht deutschen Kernkraftwerke an der gesamten Energieerzeugung in der Bundesrepublik nur mit einem Prozent beteiligt, bis 1980 aber wird mit einem Anteil von 20 Prozent gerechnet. In den kommenden zwölf Jahren sollen deshalb bereits 32 Kernreaktoren angelaufen sein — und die KWU wird bereits von 1975 an jährlich sechs Atommeiler bauen können.

Eine so schöne Marktlage ist nach Meinung der Atom-Manager dem gegenwärtigen Energiedebakel durchaus angemessen: „Auf diese Fusion“, so AEG-Chef Groebe, „haben wir in Bonn nur positive Echos erhalten.“ Und sein Forschungskollege Nasko ergänzt: „Selbst von der Kundschaft — denn die KWU bedeutet, daß wir wenigstens im Nuklearbereich in keine arabische Situation geraten.“